

Schriftliche Fragen

mit den in der Woche vom 23. Juni 1986
eingegangenen Antworten der Bundesregierung

Verzeichnis der Fragesteller

<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Amling (SPD)	1	Ranker (SPD)	9, 22
Berger (CDU/CSU)	31	Sauer (Stuttgart) (CDU/CSU)	6
Frau Borgmann (DIE GRÜNEN)	19	Schartz (Trier) (CDU/CSU)	41, 42
Daubertshäuser (SPD)	26, 27	Schlatter (SPD)	7
Dr. Diederich (Berlin) (SPD)	33	Frau Schmedt (Lengerich) (SPD)	39, 40
Dr. Ehrenberg (SPD)	20, 21	Dr. Schwenk (Stade) (SPD)	28
Frau Fuchs (Verl) (SPD)	3, 4	Senfft (DIE GRÜNEN)	37, 38
Hauser (Esslingen) (CDU/CSU)	36	Ströbele (DIE GRÜNEN)	23, 34, 35
Jäger (Wangen) (CDU/CSU)	5	Dr. Struck (SPD)	10
Kraus (CDU/CSU)	16	Weirich (CDU/CSU)	17, 18
Menzel (SPD)	24, 25	Wieczorek (Duisburg) (SPD)	12, 13, 14
Milz (CDU/CSU)	2, 29, 30	Wittmann (Tännesberg) (CDU/CSU)	11
Poß (SPD)	8, 15	Würtz (SPD)	32

Verzeichnis der Fragen nach Geschäftsbereichen der Bundesregierung

<i>Seite</i>	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern	
Amling (SPD) 1	Wittmann (Tannesberg) (CDU/CSU) 5
Gebührenrechtliche Bevorzugung privater Rundfunk- und Fernsehbetreiber	Entwicklung des Absatzes von Agraralkohol 1985/86; Erhöhung der Jahresbrennrechte für landwirtschaftliche Kartoffelbrennereien
Milz (CDU/CSU) 1	Wieczorek (Duisburg) (SPD) 5
Verlegung der Verwaltungsakademie des Bundes von Köln nach Brühl	Entwicklung der Nettokreditaufnahmen und der Nettoinvestitionen der Gebietskörper- schaften seit 1975; Verhältnis von Kredit- aufnahmen und Investitionen
Frau Fuchs (Verl) (SPD) 1	Poß (SPD) 7
Schwierigkeiten bei der Beurlaubung von Bundesbediensteten zu Fortbildungsver- anstaltungen, insbesondere zu Lehrgängen der Freiwilligen Feuerwehren	Ausgleichsprobleme für die Gemeinden bei Abschaffung der Gewerbekapitalsteuer
Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz	
Jäger (Wangen) (CDU/CSU) 2	Kraus (CDU/CSU) 7
Verbindlichkeit der Indikation für den Schwangerschaftsabbruch für den durchführenden Arzt	Rückgang der Umweltschäden am deutschen Wald
Sauer (Stuttgart) (CDU/CSU) 3	Weirich (CDU/CSU) 8
Bericht der „Welt am Sonntag“ über mut- maßliche Straftaten der in Nicaragua entführten deutschen Aufbauhelfer	Einfuhrbeschränkung für Sauerkirschen aus Drittländern; Mindestpreisregelung innerhalb der EG
Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen	
Schlatter (SPD) 3	Frau Borgmann (DIE GRÜNEN) 9
Familienlastenausgleich als größte Steigerung einer sozialen Leistung im Bundeshaushalt seit 1949	Zusammenhang zwischen der Mitgliedschaft des Parlamentarischen Staatssekretärs Dr. von Geldern bei der „Deutsch-Südafrika- nischen Gesellschaft e. V.“ und dem Aus- tauschprogramm auf landwirtschaftlich- lichem Gebiet zwischen deutschen und südafrikanischen Forschungsinstituten
Poß (SPD) 4	Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung
Finanzierungsdefizite der Gebiets- körperschaften 1990	Dr. Ehrenberg (SPD) 9
Ranker (SPD) 4	Aussage von Bundeskanzler Dr. Kohl über die Anzahl der neugeschaffenen Arbeitsplätze angesichts der vom Statistischen Bundesamt für das 4. Quartal 1985 ermittelten Zahlen
Abweichungen bei den Einnahmen, Aus- gaben und Finanzierungssalden der Gebiets- körperschaften in den Jahren 1989 und 1990 von den neuesten Zahlen des Finanzpla- nungsrates und der Modellrechnung des Bundesministeriums der Finanzen bis 1995	Ranker (SPD) 10
Dr. Struck (SPD) 4	Durchschnittliche Arbeitsplatzverweildauer in der deutschen Industrie
Einnahmen, Ausgaben und Finanzierungs- salden nach der vom Bundesministerium der Finanzen seit 1983 dem Finanzplanungsrat vorgelegten „Entwicklung der öffent- lichen Haushalte“ für die Jahre 1987 bis 1990	Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit
	Ströbele (DIE GRÜNEN) 10
	Verteilung des Informationsblattes „Nach Tschernobyl“ in Niedersachsen

<i>Seite</i>	<i>Seite</i>
Menzel (SPD) 11	Geschäftsbereich des Bundesministers für das Post- und Fernmeldewesen
Anstieg der Leukämieerkrankungen bei Kindern und Jugendlichen, die in der Umgebung eines Atommeilers leben	
Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr	Hauser (Esslingen) (CDU/CSU) 17
	Freigabe von UKW-Frequenzen zur privaten Nutzung in Baden-Württemberg
Daubertshäuser (SPD) 12	Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie
Lokomotivführermangel bei der Deutschen Bundesbahn	
Dr. Schwenk (Stade) (SPD) 13	Senfft (DIE GRÜNEN) 18
Verbesserung der Ölunfallbekämpfung an der Außenweser	Einsatz von Stirlingmotoren; Bundesmittel für Forschungsaufträge über die Verwendung
Milz (CDU/CSU) 13	Geschäftsbereich des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit
Zahl der Verkehrsunfalltoten in den Winter- monaten Dezember, Januar und Februar nach dem Verbot der Spikesreifen	
Milz (CDU/CSU) 13	Frau Schmedt (Lengerich) (SPD) 18
Baustellen an Bundesautobahnen während der Ferienzeit	Beteiligung der Kreditanstalt für Wieder- aufbau am Bau eines Elektrizitätswerks und eines Staudamms in Brasilien; Vertreibung der Bevölkerung
Berger (CDU/CSU) 14	Schartz (Trier) (CDU/CSU) 19
Errichtung von Parkplätzen an den Ein- bzw. Ausfahrten von Autobahnabschnitten zur Erleichterung der Bildung von Fahrgemeinschaften	Personalbestand der Entwicklungshilfe- organisationen in den letzten 20 Jahren; Arbeitsplatzaussichten von Agrarwissen- schaftlern im Bereich der Entwicklungshilfe
Geschäftsbereich des Bundesministers für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	
Würtz (SPD) 14	
Verstärkung der Umweltaußenpolitik	
Dr. Diederich (Berlin) (SPD) 16	
Einstellung des Programms zur Erhaltung von Naturschutzgebieten ab 1988	
Ströbele (DIE GRÜNEN) 16	
Anzahl der Gammaskpektrometer in den einzelnen Bundesländern; Bedienungspersonal	

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

1. Abgeordneter
Amling
(SPD)
- Ist es zutreffend, daß innerhalb der Bundesregierung Überlegungen angestellt werden, die Betreiber von privaten Rundfunk und Fernsehen gebührenrechtlich gegenüber öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten zu bevorzugen?

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Spranger vom 20. Juni 1986

Die Bundesregierung erarbeitet zur Zeit ein Programm zur Verbesserung der Rahmenbedingungen des privaten Rundfunkmarktes, mit dem sich das Kabinett in Kürze befassen soll. In diesem Zusammenhang wird geprüft, wie neuen Nutzungsmöglichkeiten und -vorstellungen, die vor allem von privaten Rundfunkveranstaltern angekündigt worden sind, bei den Gebührenstrukturen Rechnung getragen werden kann.

2. Abgeordneter
Milz
(CDU/CSU)
- Wie weit sind die Überlegungen der Bundesregierung gediehen, die Verwaltungsakademie des Bundes von Köln nach Brühl zu verlegen?

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Spranger vom 24. Juni 1986

Wie bereits in meiner Antwort vom 10. September 1985 auf Ihre schriftliche Frage vom August 1985 ausgeführt, wird die Planung für den Neubau der Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung in Brühl mit Nachdruck vorangetrieben. Die Überarbeitung der Haushaltsunterlage – Bau – (HU-Bau) – durch die Bauverwaltung steht vor dem Abschluß. Die HU-Bau wird in Kürze dem Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau zur fachlichen Prüfung und Genehmigung vorgelegt werden. Danach wird der Bundesminister der Finanzen im Rahmen der haushaltsmäßigen Anerkennung beteiligt.

Mit der Bauausführung soll im Jahre 1987 begonnen werden. Daher ist im Entwurf des Bundeshaushaltsplans 1987 ein erster Betrag von 4 Millionen DM veranschlagt. Nach wie vor wird angestrebt, daß der Neubau in Brühl im Jahre 1991 bezogen werden kann.

3. Abgeordnete
Frau Fuchs (Verl)
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, welche Probleme und Schwierigkeiten es bei der Beurlaubung von Bundesbediensteten (insbesondere Deutsche Bundespost, Deutsche Bundesbahn) zu Aus- und Fortbildungsveranstaltungen, insbesondere Lehrgängen der Freiwilligen Feuerwehren, gibt?
4. Abgeordnete
Frau Fuchs (Verl)
(SPD)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß der verantwortungsvolle und selbstlose Dienst der Freiwilligen Feuerwehren nicht unnötig behindert werden sollte und sie bei der Wahrnehmung ihrer im öffentlichen Interesse liegenden Aufgaben unterstützt werden sollten, wenn ihre Mitglieder an Schulungen für Feuerschutz-zwecke teilnehmen?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Dr. Waffenschmidt
vom 26. Juni 1986**

Die Bundesregierung teilt Ihre Auffassung, daß der verantwortungsbe-
wußte und selbstlose Dienst der Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr
unterstützt werden soll. Hinsichtlich der in Ihren Fragen angesprochenen
Bundesbeamten geschieht dies auch. Nach § 5 der Sonderurlaubsverord-
nung soll für die Teilnahme an Ausbildungsveranstaltungen von Organi-
sationen der zivilen Verteidigung – hierzu zählt auch die Freiwillige
Feuerwehr – sowie im Falle des Einsatzes durch eine dieser Organisatio-
nen Urlaub unter Fortzahlung der Besoldung gewährt werden, wenn
dienstliche Gründe nicht entgegenstehen.

Während die nach dieser Bestimmung unbegrenzt mögliche Beurlaubung
von Bundesbeamten zu Einsätzen der Freiwilligen Feuerwehr bisher zu
keinen Schwierigkeiten geführt hat, gab es bei der Beurlaubung zur
Teilnahme an Ausbildungsveranstaltungen gelegentlich Probleme, weil
insoweit die bezahlte Freistellung vom Dienst auf höchstens zwölf Werk-
tage im Urlaubsjahr begrenzt ist (§ 5 Satz 3 in Verbindung mit § 8 SURIV).

Von einer Erweiterung der Sonderurlaubsverordnung mußte jedoch nach
eingehender Prüfung aus haushaltsmäßigen Gründen abgesehen wer-
den. Der Bundesregierung liegen zahlreiche Forderungen auf Erweite-
rung der Verordnung vor, die aus Kostengründen nicht erfüllt werden
können, darunter auch Fälle, bei denen die geltenden Urlaubsregelun-
gen überhaupt keinen bezahlten Sonderurlaub vorsehen.

Die Dienststellen gewähren jedoch neben dem bezahlten Urlaub von
zwölf Werktagen im Jahr auf Wunsch unbezahlten Sonderurlaub für den
genannten Zweck. In diesem Fall erhalten die betroffenen z. B. nach § 9
Abs. 2 Satz 6 des Gesetzes über den Feuerschutz und die Hilfeleistung
bei Unglücksfällen und öffentlichen Notständen des Landes Nordrhein-
Westfalen Ersatz des Verdienstausfalls durch den Träger der Freiwilligen
Feuerwehr.

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

5. Abgeordneter
Jäger
(Wangen)
(CDU/CSU)

Trifft es nach der Rechtsauffassung der Bundes-
regierung zu, daß bei einer nicht strafbaren Ab-
treibung nicht nur der indizierende Arzt, sondern
auch der die Abtreibung durchführende Arzt auf
Grund einer persönlich sich verschafften ärztli-
chen Erkenntnis vom Vorliegen einer Indikation
bei der schwangeren Frau nach § 218a Abs. 1
oder Abs. 2 Ziffer 1 bis 3 StGB überzeugt sein
muß, und wie wird nach Auffassung der Bundes-
regierung sichergestellt, daß auch dieser den
Eingriff vornehmende Arzt in jedem Fall ein-
schließlich der Fälle des Absatzes 2 Ziffer 3 des
§ 218a StGB sich eine eigene ärztliche Er-
kenntnis verschafft?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Erhard
vom 24. Juni 1986**

Die §§ 218 ff. StGB gehen davon aus, daß der den Abbruch der Schwan-
gerschaft durchführende Arzt eigenverantwortlich die Entscheidung über
das Vorliegen einer der in § 218a StGB bezeichneten Indikationen zu
treffen hat. Die ärztliche Feststellung im Sinne des § 219 StGB ist für ihn
nicht bindend; er kann trotz Feststellung einer Indikation zu dem Ergeb-
nis kommen, der Schwangerschaftsabbruch sei nicht indiziert.

Der Gesetzgeber ging davon aus, „daß die schriftliche Feststellung dem mit dem Eingriff betrauten Arzt Grundlagen und Hilfe für die von ihm zu treffende abschließende Beurteilung und Entscheidung über Vornahme und Ablehnung des Eingriffs vermitteln soll“ (vgl. Bericht und Antrag des Sonderausschusses für die Strafrechtsreform, Drucksache 7/4696, S. 11).

Gegen eine Verwertung von Einzelheiten und Ergebnissen der Feststellung als Entscheidungshilfe werden daher jedenfalls so lange keine Bedenken bestehen, als für den abrechnenden Arzt kein Anlaß zu der Annahme besteht, der feststellende Arzt habe die Gebote einer sorgfältigen ärztlichen Begutachtung verletzt; einer eigenen Prüfpflicht ist derjenige, der den Abbruch durchführt, damit jedoch nicht enthoben. Bereits das ärztliche Standesrecht verpflichtet ihn zur gewissenhaften Prüfung der Voraussetzungen einer Indikation. Darüber hinaus macht sich nach § 218 StGB strafbar, wer eine Schwangerschaft abbricht, ohne daß die Voraussetzungen des § 218 a StGB vorliegen.

Nach Auffassung der Bundesregierung wird hierdurch hinreichend sichergestellt, daß auch der den Eingriff vornehmende Arzt in jedem Fall einer bestimmten Indikation sich eine eigene ärztliche Erkenntnis verschafft. Eine über die Strafdrohung hinausgehende Sicherstellung erfolgt nicht.

6. Abgeordneter
Sauer
(Stuttgart)
(CDU/CSU)
- Sind die Informationen der „Welt am Sonntag“ vom 15. Juni 1986 zutreffend, nach denen unter den deutschen Aufbauhelfern, die in Nicaragua entführt wurden, mutmaßliche Straf- und Gewalttäter sind, die im Zusammenhang mit Demonstrationen in der Bundesrepublik Deutschland Haus- und Landfriedensbruch, Kraftfahrzeugdiebstähle, Scheckbetrug und Verstöße gegen das Betäubungsmittelgesetz begangen haben sollen?

**Antwort des Bundesministers Engelhard
vom 26. Juni 1986**

Die Frage 6 betrifft weder unmittelbar noch mittelbar den Verantwortungsbereich der Bundesregierung. Nach dem bundesstaatlichen Aufbau fällt die Verfolgung und Ahndung der in der Frage genannten Straftaten in den Verantwortungsbereich der Länder.

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

7. Abgeordneter
Schlatter
(SPD)
- Kann die Bundesregierung nachvollziehbar bestätigen, ob es zutrifft, daß die größte Steigerung, die eine bestimmte soziale Leistung seit 1949 im Bundeshaushalt je erfahren hat, die Verbesserung des Familienlastenausgleichs ab 1. Januar 1986 in Höhe von über 10 Milliarden DM jährlich ist?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Dr. Voss
vom 20. Juni 1986**

Die zum 1. Januar 1986 in Kraft getretenen Verbesserungen des Familienlastenausgleichs sind die quantitativ bedeutendsten familienpolitischen Leistungssteigerungen seit 1949. Sie gehören zugleich auch zu den größten Leistungssteigerungen im Gesamtbereich der sozialen Sicherung. Die Bundesregierung kann jedoch nachvollziehbar nicht bestätigen, daß es sich um die größte soziale Leistungssteigerung seit 1949

handelt. Denn die Entscheidung der CDU/CSU-geführten Bundesregierung aus dem Jahre 1957, die Leistungen der gesetzlichen Rentenversicherung zu dynamisieren, hat größere Leistungsverbesserungen zur Folge gehabt.

8. Abgeordneter
Poß
(SPD)
- Wie hoch sind die Finanzierungsdefizite der Gebietskörperschaften insgesamt und aufgeteilt in Bund, Länder und Gemeinden im Jahre 1990 nach den neuesten Zahlen des Finanzplanungsrats ohne und mit einem Steuersenkungsvolumen von netto 25 Milliarden DM (aufgeteilt nach dem geltenden Einkommensverteilungsschlüssel)?

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Dr. Voss vom 20. Juni 1986

Nach § 7 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Finanzplanungsrats vom 24. Juni 1968 sind die Beratungen des Finanzplanungsrats vertraulich. Dies gilt auch für die Sitzungsunterlagen, die Gegenstand der Erörterungen sind. Ich bitte um Verständnis, daß ich Ihnen daher keine Angaben zu der im Finanzplanungsrat vom 13. Juni 1986 diskutierten Projektion der öffentlichen Haushalte bis 1990 machen kann.

Darüber hinaus gibt es über Umfang, Struktur und Zeitplan von künftigen Steuerentlastungen noch keine Entscheidungen der Bundesregierung.

Sie werden in der kommenden Legislaturperiode entsprechend der tatsächlichen gesamt- und finanzwirtschaftlichen Entwicklung zu fällen sein. Insofern wäre es irreführend, die in der letzten Sitzung des Finanzplanungsrats diskutierten Projektionen des öffentlichen Gesamthaushalts mit der von Ihnen genannten Zahl über ein mögliches Steuersenkungsvolumen zu verknüpfen. Der Spielraum für eine Verbesserung der steuerlichen Rahmenbedingungen muß insbesondere durch strenge Ausgabendisziplin geschaffen werden. Der Finanzplanungsrat hat seine Empfehlung bekräftigt, das Ausgabenwachstum des öffentlichen Gesamthaushalts auf eine Größenordnung von durchschnittlich jährlich 3 v. H., also deutlich unter dem Zuwachs des nominalen Bruttosozialprodukts, zu begrenzen.

9. Abgeordneter
Ranker
(SPD)
- Wie hoch sind die Abweichungen bei Ausgaben, Einnahmen und Finanzierungssalden der Gebietskörperschaften in den Jahren 1989 und 1990 zwischen den neuesten Zahlen des Finanzplanungsrates und der Modellrechnung des Bundesministeriums der Finanzen bis 1995 (BMF-Schriftenreihe)?

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Dr. Voss vom 24. Juni 1986

Nach § 7 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Finanzplanungsrates vom 24. Juni 1968 sind die Beratungen des Finanzplanungsrates vertraulich. Dies gilt auch für die Sitzungsunterlagen, die Gegenstand der Erörterungen sind. Ich bitte daher um Verständnis, daß ich Ihnen keine Angaben zu der im Finanzplanungsrat vom 13. Juni 1986 diskutierten Projektion der öffentlichen Haushalte bis 1990 machen kann.

10. Abgeordneter
Dr. Struck
(SPD)
- Wie hoch sind in den vom Bundesministerium der Finanzen seit Anfang 1983 dem Finanzplanungsrat zu seinen Sitzungen jeweils vorgelegten

„Entwicklungen der öffentlichen Haushalte“ die Ausgaben, die Einnahmen und die Finanzierungssalden der Jahre 1987 bis 1990 in absoluten Beträgen gewesen?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Dr. Voss
vom 24. Juni 1986**

Nach § 7 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Finanzplanungsrates vom 24. Juni 1968 sind die Beratungen des Finanzplanungsrates vertraulich. Dies gilt auch für die Sitzungsunterlagen, die Gegenstand der Erörterungen sind. Ich bitte daher um Verständnis, daß ich Ihnen keine Angaben zu der im Finanzplanungsrat vom 13. Juni 1986 diskutierten Projektion der öffentlichen Haushalte bis 1990 machen kann.

11. Abgeordneter
Wittmann
(Tännesberg)
(CDU/CSU)
- Wie hat sich die Absatzlage der Bundesmonopolverwaltung für Agraralkohol im Wirtschaftsjahr 1985/86 entwickelt, und besteht für das kommende Wirtschaftsjahr die Aussicht, daß die Jahresbrennrechte für landwirtschaftliche Kartoffelbrennereien erhöht werden?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Dr. Häfele
vom 24. Juni 1986**

Der Absatz der Bundesmonopolverwaltung für Branntwein (BMonV) an Agraralkohol liegt im Betriebsjahr 1985/86 bisher (1. Oktober 1985 bis 31. Mai 1986) zwar rund 8 v. H. über dem Vorjahresabsatz. Er ist jedoch seit Jahresbeginn trotz einer zwischenzeitlichen Anpassung der Monopolverkaufspreise an das niedrigere Einfuhrpreisniveau rückläufig, während die Einfuhren wieder zunehmen.

Der Alkoholbestand der BMonV betrug Ende Mai 1986 noch rund 770 000 Hektoliter. Der Absatz belief sich im Vorjahr auf insgesamt rund 620 000 Hektoliter Alkohol. Danach kann im kommenden Betriebsjahr ein höheres als das bisherige Erzeugungskontingent von 70 v. H. für landwirtschaftliche und 50 v. H. für gewerbliche Brennereien nicht erwartet werden.

12. Abgeordneter
Wieczorek
(Duisburg)
(SPD)
- Wie haben sich die Nettokreditaufnahmen der Gebietskörperschaften in den einzelnen Jahren seit 1975 entwickelt?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Dr. Voss
vom 25. Juni 1986**

Die Nettokreditaufnahme der Gebietskörperschaften betrug laut Finanzstatistik in den Jahren seit 1975:

Jahr	Netto- kreditaufnahme – Milliarden DM –
1975	53,6
1976	46,7
1977	31,7
1978	40,6
1979	43,4
1980	53,8
1981	69,6
1982	68,2

Jahr	Netto- kreditaufnahme – Milliarden DM –
1983	56,2
1984	49,8
1985	40,5

13. Abgeordneter **Wieczorek (Duisburg)** (SPD) Wie haben sich die Nettoinvestitionen der Gebietskörperschaften in den einzelnen Jahren seit 1975 entwickelt?

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Dr. Voss vom 25. Juni 1986

Die Nettoinvestitionen der Gebietskörperschaften sind statistisch nur in der Abgrenzung der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung erfaßt und entwickelten sich seit 1975 wie folgt:

Jahr	Netto- investitionen (VGR) – Milliarden DM –
1975	34,1
1976	32,8
1977	32,1
1978	35,0
1979	39,1
1980	43,6
1981	38,8
1982	33,2
1983	29,0
1984	28,8
1985	28,8

Da die Nettoinvestitionen ein Begriff der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen sind, die Nettokreditaufnahme jedoch in finanzstatistischer Abgrenzung ausgewiesen wird, füge ich ergänzend die Entwicklung der Sachinvestitionen in finanzstatistischer Abgrenzung bei. Der wesentlichste Unterschied zwischen den Nettoinvestitionen (VGR) und den Sachinvestitionen liegt darin, daß in der Finanzstatistik Abschreibungen nicht abgesetzt werden.

Jahr	Sachinvestitionen (Finanzstatistik) – Milliarden DM –
1975	46,0
1976	43,6
1977	43,2
1978	47,6
1979	53,3
1980	60,0
1981	57,0
1982	52,0
1983	48,5
1984	47,8
1985	49,8

14. Abgeordneter **Wieczorek (Duisburg)** (SPD) Wie war das Verhältnis von Nettoinvestitionen zu Nettokreditaufnahmen jeweils dabei?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Dr. Voss
vom 25. Juni 1986**

Das Verhältnis von Nettoinvestitionen bzw. Sachinvestitionen zur Nettokreditaufnahme des öffentlichen Gesamthaushalts nahm in den Jahren seit 1975 folgenden Verlauf:

Jahr	Netto- investitionen (VGR)	Sach- investitionen (Finanzstatistik)
	– in v. H. der Nettokreditaufnahme –	
1975	63,6	85,8
1976	70,2	93,4
1977	101,3	136,3
1978	86,2	117,2
1979	90,0	122,8
1980	81,0	111,5
1981	55,7	81,9
1982	48,7	76,2
1983	51,6	86,3
1984	57,8	96,0
1985	71,1	123,0

15. Abgeordneter
Poß
(SPD)
- Kann die Bundesregierung darlegen, welche Ausgleichsprobleme für die Gemeinden bei einer Abschaffung der Gewerbekapitalsteuer bestehen, die der Bundesminister der Finanzen, Dr. Stoltenberg, am 5. Juni 1986 in Düsseldorf (Bulletin Nr. 65, Seite 549) als noch ungelöst bezeichnet hat?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Dr. Häfele
vom 26. Juni 1986**

Das Gewicht der Besteuerungsgrundlage „Gewerbekapital“ am Gewerbesteuerertrag ist in den einzelnen Gemeinden unterschiedlich. Insbesondere in wirtschaftsschwachen Gemeinden dürfte die Gewerbekapitalsteuer eine überdurchschnittliche Bedeutung haben. Da die Bundesregierung verfassungsrechtlich nur bundeseinheitliche Maßnahmen beschließen kann, würden eine Abschaffung der Gewerbekapitalsteuer und der allgemeine Ausgleich in Höhe des Ausfallbetrags daher in diesen Gemeinden zu Einbußen führen, während andere Verbesserungen erzielt werden.

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung,
Landwirtschaft und Forsten**

16. Abgeordneter
Kraus
(CDU/CSU)
- Verfügt die Bundesregierung über neuestes statistisches oder sonstiges Material aus dem hervorgeht, daß die Umweltschäden am deutschen Wald gegenwärtig zurückgehen?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Gallus
vom 20. Juni 1986**

Die letzte Waldschadenserhebung wurde im Spätsommer 1985 durchgeführt. Sie hatte zum Ergebnis, daß die rapide Zunahme der Waldschäden, wie sie seit 1982 zu beobachten war, sich insgesamt gesehen nicht

fortgesetzt hat. Während zwischen 1983 und 1984 der Anteil der geschädigten Waldfläche von 34 v. H. auf 50 v. H. zugenommen hat, war von 1984 auf 1985 nur noch ein leichter Anstieg von 2 v. H. auf 52 v. H. zu verzeichnen. Diese Zunahme hat sich ausschließlich im Bereich der mittleren und starken Schäden vollzogen, d. h. der Zustand der geschädigten Bäume hat sich ebenfalls weiter verschlechtert.

Regional gesehen hat sich das Bild weiter differenziert. In einigen Wuchsgebieten konnten Verbesserungen festgestellt werden. Dem stehen eine Reihe anderer Gebiete gegenüber, in denen sich der Zustand der Wälder stark verschlechtert hat. Am stärksten zugenommen haben die Schäden in der Rhön und in den Alpen.

Neuere Ergebnisse über den Waldzustand werden von der nächsten Waldschadenserhebung erwartet, die im Spätsommer dieses Jahres durchgeführt wird.

17. Abgeordneter
Weirich
(CDU/CSU) Wie steht der Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten zu den Forderungen der Obstbauern in der Bundesrepublik Deutschland nach einem Importstopp für Sauerkirschen aus Drittländern oder einer Mengenbegrenzung für Importe von 10 000 Tonnen Sauerkirschen im Jahr?
18. Abgeordneter
Weirich
(CDU/CSU) Ist der Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten bereit, auf eine Interventionsregelung für Sauerkirschen – Abnahme zu Mindestpreisen wie bei Äpfeln – bei der Europäischen Gemeinschaft hinzuwirken?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Dr. von Geldern
vom 26. Juni 1986**

Die Bundesregierung hat in Brüssel durchgesetzt, daß mit Jugoslawien, dem Hauptlieferland von Sauerkirschen und Sauerkirschenerzeugnissen, über ein Selbstbeschränkungsabkommen für diese Erzeugnisse verhandelt wird.

Danach sollen unter anderem die Einfuhren von frischen, gefrorenen, vorläufig haltbar gemachten und verarbeiteten Sauerkirschen auf den Durchschnitt der Jahre 1981 bis 1984, das sind rund 17 200 Tonnen für die Bundesrepublik Deutschland, beschränkt werden. Diese Zielrichtung wird vom Bundesausschuß Obst und Gemüse, dem höchsten berufsständischen Organ der deutschen Obst- und Gemüseerzeuger, unterstützt. Da dieses Abkommen für die diesjährige Sauerkirschensaison nicht mehr rechtzeitig zustande kommt und bis Ende Mai 1986 Einfuhrlizenzen für die Einfuhr von rund 9 000 Tonnen in die Bundesrepublik Deutschland beantragt worden sind, hat die Bundesregierung bei der EG-Kommission eine Aussetzung der Erteilung von Einfuhrlizenzen für sämtliche Sauerkirschenerzeugnisse aus allen Drittländern bis zum Ende des Jahres 1986 beantragt. Diesen Antrag hat die EG-Kommission unter Hinweis auf den nachlassenden Druck der Drittlandseinfuhren und die geltende Einfuhrmindestpreisregelung abgelehnt. Die Bundesregierung wird unverzüglich erneut einen entsprechenden Antrag stellen, wenn die Marktlage und die Entwicklung der Einfuhren hierzu ausreichend Veranlassung geben.

Die Einbeziehung von Sauerkirschen in die Intervention von Obst und Gemüse ist keine geeignete Maßnahme zur Lösung der Probleme auf dem Sauerkirschenmarkt. Durch eine solche Maßnahme würde das Problem der Drittlandseinfuhren nicht beseitigt. Dies würde vielmehr dazu

führen, daß Kirschen aus einheimischer Erzeugung interveniert und Kirschen aus Drittlandseinfuhren konsumiert würden. Da eine sinnvolle Verwendung der intervenierten Kirschen kaum möglich wäre, käme die Intervention von Kirschen einer Vernichtung von Kirschen gleich. Der denkbare Interventionspreis würde für die einheimischen Erzeuger voraussichtlich viel zu niedrig sein und eher die Produktion in anderen EG-Mitgliedstaaten mit niedrigeren Gestehungskosten zu Lasten der einheimischen Erzeugung fördern. Angesichts der allgemeinen Haushaltslage hätte eine solche Forderung auch in Brüssel keine Aussichten auf Erfolg. Auch aus diesem Grunde sind die Wünsche anderer Mitgliedstaaten auf Einbeziehung von anderen für diese Länder erheblich wichtigeren Obst- und Gemüsearten in die Intervention kategorisch abgelehnt worden.

19. Abgeordnete
**Frau
Borgmann**
(DIE GRÜNEN)

Kann die Bundesregierung bestätigen, daß der Parlamentarische Staatssekretär Dr. von Geldern Mitglied der gegenüber dem derzeitigen System in Südafrika loyalen „Deutsch-Südafrikanischen Gesellschaft e. V.“ ist, und besteht ein Zusammenhang zwischen dieser Mitgliedschaft und dem Austauschprogramm auf landwirtschaftlichem Gebiet zwischen Forschungsinstituten in der Bundesrepublik Deutschland und in Südafrika?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Gallus
vom 25. Juni 1986**

Der Parlamentarische Staatssekretär Dr. von Geldern ist nicht Mitglied der „Deutsch-Südafrikanischen Gesellschaft e. V.“. Im übrigen verweise ich auf die Antwort der Bundesregierung zur Kleinen Anfrage der Fraktion der SPD – Drucksache 10/5217 „Verwirklichung der Südafrika-Beschlüsse der Europäischen Gemeinschaft“ –, in der bereits klargestellt wurde, daß eine formalisierte wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit zwischen Ministerien oder Forschungseinrichtungen des Bundes und Südafrika nicht besteht, daß es aber – wie im internationalen Rahmen üblich – vereinzelt Kontakte zwischen Wissenschaftlern beider Länder gibt.

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit
und Sozialordnung**

20. Abgeordneter
Dr. Ehrenberg
(SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß im Statistischen Wochendienst des Statistischen Bundesamtes für das 4. Quartal 1982 eine Erwerbstätigenzahl von 25 546 000 und eine Zahl der abhängig Beschäftigten von 22 316 000 und für das 4. Quartal 1985 eine Erwerbstätigenzahl von 25 761 000 und eine Zahl der abhängig Beschäftigten von 22 464 000 ausgewiesen wird?

21. Abgeordneter
Dr. Ehrenberg
(SPD)

Kann die Bundesregierung erklären, wie bei diesem statistischen Material nachstehende Aussage des Bundeskanzlers in der Bild-Zeitung vom 11. Juni 1986 zustande gekommen ist: „Wir haben seit meinem Amtsantritt im Oktober 1982 rund 500 000 neue Arbeitsplätze geschaffen, in diesem Jahr kommen weitere gut 300 000 hinzu.“?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Vogt
vom 23. Juni 1986**

Der Bundesregierung sind die Publikationen des Statistischen Bundesamtes bekannt. Die von Ihnen in Ihrer Frage zitierten Zahlen der Erwerbstätigen und der abhängig Beschäftigten für das 4. Quartal 1982 sind nicht mehr zutreffend. Das Statistische Bundesamt hat diese Zahlen revidiert (vgl. Wirtschaft und Statistik, Heft 9/1985). Die Erwerbstätigenzahl für das 4. Quartal 1982 beläuft sich nunmehr auf 25 638 000, diejenige der abhängig Beschäftigten auf 22 366 000. Die von Ihnen für das 4. Quartal 1985 genannten Daten entsprechen dem aktuellen Stand der amtlichen Statistik.

Die vom Bundeskanzler in seinem Interview mit der Bild-Zeitung genannte Zahl der seit Oktober 1982 geschaffenen Arbeitsplätze ist in der in der Ausgabe der Bild-Zeitung vom 11. Juni 1986 abgedruckten Version des Kanzler-Interviews falsch wiedergegeben worden. In ihrer Ausgabe vom 13. Juni 1986 hat die Bild-Zeitung den Druckfehler berichtigt und richtiggestellt, daß seit Amtsantritt Helmut Kohls 300 000 neue Arbeitsplätze geschaffen wurden.

Die amtliche Statistik weist aus, daß die Zahl der Erwerbstätigen im 1. Quartal 1986 25 481 000 betragen hat. Im Vergleich zum 1. Quartal 1983 – also nach dem Amtsantritt des Bundeskanzlers – ist das ein Anstieg um 306 000 Erwerbstätige. Demgegenüber war die jahresdurchschnittliche Zahl der Erwerbstätigen von 1980 bis 1983 um 997 000 gesunken.

22. Abgeordneter
Ranker
(SPD)
- Wie hoch ist die durchschnittliche Arbeitsplatzverweildauer in der deutschen Industrie, wenn man die Arbeitsplatzmobilität und die produktivitätsbedingte Freisetzung zugrunde legt?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Vogt
vom 24. Juni 1986**

Die durchschnittliche Arbeitsplatzverweildauer ist ein statistischer Indikator für eine Vielzahl von Fluktuations- und Mobilitätsvorgängen am gesamten wie auch am innerbetrieblichen Arbeitsmarkt. Die damit verbundenen analytischen Fragen treffen auf erhebliche methodische Schwierigkeiten und unzureichende statistische Informationen. Besonders problematisch ist die Analyse der produktivitätsbedingten Freisetzung und ihre Auswirkungen auf die durchschnittliche Arbeitsplatzverweildauer.

Nach einer Untersuchung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit auf der Grundlage einer Stichprobe aus den Unterlagen der Statistik der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ergibt sich, daß 1980 rund 2,1 Millionen Betriebswechsel stattgefunden haben; dem standen rund 7 Millionen Einstellungen und rund 6,7 Millionen Entlassungen gegenüber.

Die Untersuchung verdeutlicht auch, daß die meisten Betriebswechsler in einen Betrieb derselben Wirtschaftsabteilung einmünden: Im Jahre 1980 betrafen ca. drei Fünftel oder 1,25 Millionen aller Betriebswechsel solche Fälle.

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend,
Familie, Frauen und Gesundheit**

23. Abgeordneter
Ströbele
(DIE GRÜNEN)
- Kann die Bundesregierung bestätigen, daß von der 1. Auflage in Höhe von 500 000 Stück des Informationsblattes „Nach Tschernobyl – Antworten auf 21 Fragen“, herausgegeben vom

Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit allein 400 000 Stück nach Niedersachsen gesandt wurden, und welche besonderen Gründe es für diese Massenverteilung in einem Bundesland gab?

Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin Frau Karwatzki vom 23. Juni 1986

Die erste Auflage des Faltblattes betrug 1 Million Exemplare.

Bereits am Tag seiner Veröffentlichung, dem 2. Juni 1986, setzte eine sehr hohe Nachfrage aus allen Teilen der Bevölkerung ein. Um Bürgern die Möglichkeit zu geben, das Faltblatt in ihrer Nähe direkt abzuholen, wurde es ab 3. Juni 1986 bundesweit gestreut und zwar gleichzeitig an die zuständigen Ministerien in den Ländern, die Landeszentralen für Gesundheitserziehung, Gesundheitsämter, Verbraucherzentralen und Verbraucherberatungsstellen, landwirtschaftliche Beratungsstellen und Ämter für Landwirtschaft sowie die Ernährungsberatungsstellen und Lebensmittelüberwachungsämter. Parallel dazu erfolgte der Versand auf Grund von Bestellungen.

Über die regionale Verteilung wurde zwar keine Statistik geführt. Wir schätzen aber insbesondere auf Grund der Angaben des bei der Versendung eingeschalteten Verlages bzw. der Druckerei, daß ca. 20 v. H. der Gesamtauflage von 2,1 Millionen Exemplaren nach Niedersachsen gegangen sind.

24. Abgeordneter
Menzel
(SPD) Sind der Bundesregierung Untersuchungen des staatlichen schottischen Gesundheitsdienstes bekannt, die ergeben haben, daß die Blutkrebsrate bei Kindern und Jugendlichen, die in der Umgebung eines Atommeilers leben, um das Zehnfache über dem Landesdurchschnitt liegt (Frankfurter Rundschau vom 11. Juni 1986 „Öfter Blutkrebs beim Reaktor“)?
25. Abgeordneter
Menzel
(SPD) Gibt es darüber Untersuchungen in der Bundesrepublik Deutschland, und welche Konsequenzen gedenkt die Bundesregierung aus den in Schottland gewonnenen Erkenntnissen zu ziehen?

Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin Frau Karwatzki vom 26. Juni 1986

Der Bundesregierung ist die erwähnte Publikation in der Frankfurter Rundschau bekannt, zumal bereits im letzten Jahr ein Artikel gleichen Inhalts erschienen war. Die Bundesregierung hat im Prinzip der Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE GRÜNEN (Drucksache 10/3404) nichts Neues hinzuzufügen:

Die in der Bundesrepublik Deutschland durchgeführten (seriösen) Untersuchungen haben gezeigt, daß eine signifikante Erhöhung der Leukämieerkrankungsrate bei Kindern, die im Umfeld von kerntechnischen Anlagen leben, nicht festzustellen ist. Dabei muß beachtet werden, daß die relativ geringe Erkrankungshäufigkeit einen statistisch relevanten Vergleich problematisch macht.

Die Bundesregierung geht davon aus, daß das Register für kindliche Krebserkrankungen in Mainz, das seitens des Bundes gefördert wird, nach Abschluß der Aufbauphase einen bundesweiten Überblick über die Leukämieerkrankungen bei Kindern geben kann.

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

26. Abgeordneter
Daubertshäuser
(SPD)
- Ist der Bundesregierung die Protestaktion von Lokomotivführern bei der Deutschen Bundesbahn (DB), mit der sie auf den Lokomotivführermangel aufmerksam machen wollen, bekannt, und wie nimmt sie zu den Vorwürfen Stellung, daß als Folge einer verfehlten Personalpolitik bei der DB eine besorgniserregende Situation eingetreten ist?

**Antwort des Bundesministers Dr. Dollinger
vom 20. Juni 1986**

Die Protestaktion der in der Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer und Anwärter organisierten Lokomotivführer ist meinem Hause bekannt. Bei der Aktion wird übersehen, daß der Vorstand der Deutschen Bundesbahn bereits die in der Antwort zu Frage 27 (Juni) genannten Maßnahmen ergriffen hat. Die Bundesregierung hält diese Maßnahmen angesichts des mittelfristigen Personalbedarfs im Triebfahrzeugdienst für notwendig und ausreichend.

Aktuell wurde die Personalbedarfslage durch einen außergewöhnlich hohen Krankenstand (Grippewelle) in den Monaten Februar und März d. J. beeinflußt. Dem steht andererseits gegenüber, daß der Urlaub des Urlaubsjahres 1985/86 zum Ende des Urlaubsjahres zu 96,4 v. H. abgewickelt war und der Osterreisezugverkehr mit seinen zahlreichen Sonderleistungen praktisch reibungslos durchgeführt wurde. Mit Ende des Monats April d. J. beträgt die Urlaubsentwicklung 98,8 v. H. neben bereits 5,3 v. H. „neuer“ Urlaub.

Der gegenwärtig überdurchschnittliche Bestand an Mehrleistungen wird in den kommenden Monaten durch Freizeitgewährung auf ein normales Maß zurückgeführt werden, zumal sich mit Einführung des Sommerfahrplans der Personalbedarf im Lokfahrdienst um über 200 Dienstkräfte vermindert hat.

Die bei einigen Dienststellen aufgetretenen Personalengpässe können nicht auf eine verfehlte Personalpolitik bei der Deutschen Bundesbahn zurückgeführt werden. Es kann daher weder von einer besorgniserregenden Situation noch von einer Gefährdung der Betriebssicherheit gesprochen werden.

27. Abgeordneter
Daubertshäuser
(SPD)
- Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um den akuten Lokomotivführermangel in absehbarer Zeit zu beseitigen?

**Antwort des Bundesministers Dr. Dollinger
vom 20. Juni 1986**

Im Rahmen seiner Personalsteuerung und als Entlastungsmaßnahme hat der Vorstand der Deutschen Bundesbahn bereits im Jahre 1985 die Ausbildung von 560 Mitarbeitern zum Lokführer eingeleitet. Im Jahre 1986 werden als Ersatz für entsprechende Personalabgänge weitere 1 000 Nachwuchskräfte – darunter auch Auszubildende aus dem Sonderprogramm der Bundesregierung – ihre vorbereitende Tätigkeit und Ausbildung für den Triebfahrzeugdienst beginnen. Von diesen 1 000 haben zur Zeit bereits ca. 600 ihre Ausbildung zum Lokomotivführer begonnen. Weitere 100 werden in Kürze ihre Ausbildung beginnen. Die Ausbildung der restlichen Nachwuchskräfte folgt noch im Laufe dieses Jahres.

28. Abgeordneter
Dr. Schwenk
(Stade)
(SPD)
- Was gedenkt die Bundesregierung für eine Verbesserung der Ölunfallbekämpfung im Bereich der Außenweser zu tun?

Antwort des Bundesministers Dr. Dollinger
vom 20. Juni 1986

Die Bundesregierung hat mit den Küstenländern ein umfangreiches Ölbekämpfungssystem für die Nord- und Ostsee aufgebaut. Nach diesem System stehen für den Ölbekämpfungseinsatz auf der Außenweser zur Zeit die Ölbekämpfungsschiffe „ÖSK 1“ (Standort Brake), „Nordsee“ (Emden), „Kopersand“ (Norddeich), „Mellum“ (Wilhelmshaven) und „Scharhörn“ (Cuxhaven) zur Verfügung.

Im Rahmen des 2. Programms (Zeitraum 1986 bis 1989) des Bundes und der Küstenländer zur Beschaffung von Ölbekämpfungsgeräten ist u. a. ein weiteres Gerät für den Bereich der Weser vorgesehen. Einzelheiten bedürfen noch der Abstimmung zwischen dem Bund und den Küstenländern.

29. Abgeordneter
Milz
(CDU/CSU)
- Wie hat sich die Zahl der Verkehrsunfalltoten in der Bundesrepublik Deutschland während der Wintermonate Dezember, Januar und Februar nach dem Verbot von Spikesreifen entwickelt?

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Dr. Schulte
vom 20. Juni 1986

Nach Verbot der Spikesreifen im Jahre 1975 hat sich die Zahl der Straßenverkehrsunfalltoten in der Bundesrepublik Deutschland während der Wintermonate Dezember, Januar und Februar bis 1985 bzw. 1986 nahezu halbiert. Diese Entwicklung entspricht jedoch auch dem allgemeinen Rückgang der Getöteten-Zahlen. Auf Grund der sehr unterschiedlichen Witterungsbedingungen in den Wintermonaten schwankt der Anteil der Getöteten-Zahlen allerdings beträchtlich zwischen 18 v. H. und 24 v. H.

Aus den Werten der beigefügten Tabelle sind allerdings keine Auswirkungen des Spikes-Verbots herzuleiten. Der TÜV-Rheinland hat 1985 eine Studie im Auftrage des Bundesministers für Verkehr vorgelegt, in der Spikesreifen im Vergleich mit anderen Lösungsmöglichkeiten beurteilt wurden. Danach ergibt sich hinsichtlich des Unfallgeschehens eher ein negativer Einfluß. Es werden keine Vorteile, jedoch erhebliche Nachteile gesehen.

30. Abgeordneter
Milz
(CDU/CSU)
- Welche Baustellen an den Bundesautobahnen bleiben während der Ferienmonate in den einzelnen Bundesländern bestehen?

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Dr. Schulte
vom 20. Juni 1986

Die Anzahl der Baustellen an Bundesautobahnen wird in den Ferienmonaten (Hauptreisezeit 1986) soweit dies möglich und vertretbar ist, reduziert. Von den rund 180 Baustellen außerhalb der Ferienzeit werden innerhalb der Ferienmonate nur 129 Baustellen betrieben. Von diesen bestehen wiederum nur 75 an den Hauptstrecken des Ferienreiseverkehrs. Nach Bundesländern getrennt ergibt sich folgendes Bild:

Baden-Württemberg	7 Baustellen
Bayern	8 Baustellen
Hamburg	5 Baustellen
Hessen	23 Baustellen
Niedersachsen	15 Baustellen
Nordrhein-Westfalen	44 Baustellen
Rheinland-Pfalz	17 Baustellen
Saarland	6 Baustellen
Schleswig-Holstein	4 Baustellen
zusammen	<u>129 Baustellen</u>

Die Ausdehnung und die Lage der einzelnen Baustellen sind der beige-fügten Karte zu entnehmen.

31. Abgeordneter
Berger
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung bereit, bei zukünftigen Aus- und Umbaumaßnahmen des Autobahnnetzes in der Nähe der Ein- bzw. Ausfahrten der Bundesautobahn Park- bzw. Abstellplätze für einige Personenkraftwagen einrichten zu lassen, um auf diese Weise z. B. das Bilden von Fahrgemeinschaften auf dem Weg von bzw. zur Arbeitsstelle zu erleichtern?

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Dr. Schulte vom 25. Juni 1986

Die Bundesregierung unterstützt Fahrgemeinschaften, indem sie vorhandene, im Besitz des Bundes befindliche geeignete Flächen als Abstellplätze für Personenkraftwagen zur Verfügung stellt und diese – soweit erforderlich – befestigen läßt.

Geschäftsbereich des Bundesministers für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

32. Abgeordneter
Würtz
(SPD)
- Sieht die Bundesregierung eine Notwendigkeit, die „Umweltaußenpolitik“ zu verstärken, und wenn ja, welche Maßnahmen wird sie kurzfristig ergreifen?

Antwort des Bundesministers Dr. Wallmann vom 19. Juni 1986

1. Die Bundesregierung hält die grenzübergreifende Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Umweltschutzes und des Naturschutzes für unverzichtbar, insbesondere
- im Rahmen der Europäischen Gemeinschaften,
 - in den einschlägigen internationalen Organisationen: Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), VN-Wirtschaftskommission für Europa (ECE), Europarat, Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP), Internationale Naturschutzorganisationen (z. B. Internationale Union zur Erhaltung der Natur - IUCN),
 - im Rahmen zahlreicher multilateraler Abkommen, z. B. zum Schutz der marinen Umwelt und grenzüberschreitender Wasserläufe sowie zum Schutz von Pflanzen und Tieren einschließlich ihrer Lebensräume,
 - auf bilateraler Ebene, insbesondere mit den Nachbarstaaten.

Im Hinblick auf die zahlreichen Aktivitäten der Bundesregierung auf dem Gebiet des gemeinschaftlichen und internationalen Umweltschutzes und Naturschutzes wird auf den Bericht der Bundesregierung „Umwelt 85“ (Drucksache 10/4614) vom 2. Januar 1986 verwiesen. Die Bundesregierung ist bemüht, die Kooperation zwischen den Staaten zur Lösung der Umweltprobleme in Europa und in der Welt, insbesondere auch in den Entwicklungsländern, kontinuierlich zu intensivieren, wirksamer zu gestalten und weiter auszubauen.

Die nachfolgenden Ausführungen werden auf einige Schwerpunkte europäischer Umweltpolitik beschränkt.

2. Anlässlich der Tagung des Umweltministerrats der EG am 12. Juni 1986 habe ich zum Ausdruck gebracht, daß einer der Schwerpunkte meiner Arbeit die Bemühung um eine neue europäische Umwelt-Offensive, die jetzt auf einen ausdrücklichen Auftrag des ergänzten EWG-Vertrages gestützt werden kann, sein wird, und es darum geht, durch eine intensive Umwelt-„Außenpolitik“ die Entwicklung des europäischen Umweltrechts voranzutreiben.

Angesichts der teilweise sehr unterschiedlichen Interessen und der unterschiedlichen tatsächlichen Gegebenheiten in den europäischen Staaten handelt es sich hierbei um einen schwierigen Prozeß, den es unter anderem durch bilaterale Abstimmung und Überzeugungsarbeit schrittweise voranzubringen gilt.

In der EG-Umweltpolitik drängt die Bundesregierung vorrangig auf wirksame am Stand der Technik orientierte Regelungen

- zur Luftreinhaltung, insbesondere durch die Verringerung der Emissionen aus Großfeuerungsanlagen, die Festlegung von Partikel-Grenzwerten für Diesel-Personenkraftwagen und die Begrenzung der Emissionen von Nutzfahrzeugen;
- zum Schutz der Gewässer, einschließlich des Nordseeschutzes, insbesondere durch die Begrenzung der Ableitung von gefährlichen Stoffen.

Im Rahmen der in diesem Jahr vorzunehmenden Fortschreibung des Umweltaktionsprogramms der EG wird sich die Bundesregierung mit aller Entschiedenheit dafür einsetzen, daß die gemeinschaftliche Umweltpolitik stärker als bisher am Grundsatz der Vorsorge ausgerichtet und insgesamt weiterentwickelt wird, u. a. durch die Aufnahme des wichtigen Themas „Bodenschutz“.

Die von der Bundesregierung betriebene europäische Umweltpolitik geht über den Rahmen der EG hinaus; sie umfaßt Gesamt-Europa. Hierbei kommt es insbesondere darauf an, gemeinsam auch mit den Nachbarstaaten im Osten Lösungen für die drängenden Umweltprobleme zu finden.

Die Verhandlungen mit der DDR und CSSR werden mit aller Intensität fortgesetzt – ebenso die Zusammenarbeit mit der UdSSR.

Auf der multilateralen Ebene steht für die Bundesregierung die Durchführung des 1983 in Kraft getretenen Übereinkommens über weiträumige grenzüberschreitende Luftverunreinigung im Vordergrund.

Für den Naturschutz in Europa ist die Zusammenarbeit im Europarat von besonderer Bedeutung. Die 5. Naturschutz-Ministerkonferenz 1987 wird sich mit neuen Ansätzen für einen verstärkten Naturschutz und zur Landschaftspflege befassen. Im Rahmen der Anwendung des Übereinkommens zur Erhaltung der wandernden wildlebenden Tierarten (Bonner Konvention) sind Regionalabkommen vorgesehen; die Bundesregierung verfolgt das Ziel, ein solches Abkommen für die Nordsee-Population der Seehunde zu schaffen.

Dem Umweltschutz mißt die Bundesregierung auch im Rahmen des KSZE-Prozesses (Korb II) erhebliche Bedeutung bei. Sie wird sich dafür einsetzen, daß von der im Herbst 1986 in Wien beginnenden KSZE-Folgekonferenz neue Impulse zur Intensivierung der Ost/West-Kooperation auf dem Gebiet des Umweltschutzes ausgehen.

Die Bundesregierung wird weiterhin alles daransetzen, damit Europa die angemessenen Antworten auf die große gemeinsame Herausforderung Umweltschutz findet.

33. Abgeordneter
Dr. Diederich
(Berlin)
(SPD)
- Trifft es zu, daß das seit 1979 von der Bundesregierung mit derzeit 4 Millionen DM geförderte Programm zur Erhaltung von Naturschutzgebieten von gesamtstaatlich repräsentativer Bedeutung ab 1988 eingestellt werden soll, und womit wird gegebenenfalls dieser Schritt begründet?

**Antwort des Bundesministers Dr. Wallmann
vom 20. Juni 1986**

Es trifft zu, daß die Bundesregierung seit 1979 die „Errichtung und Sicherung schutzwürdiger Teile von Natur und Landschaft mit gesamtstaatlich repräsentativer Bedeutung“ mit Mitteln aus dem Haushalt des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten in Höhe von derzeit 4 Millionen DM fördert.

Mit der Neubildung meines Ressorts ist die Zuständigkeit für diese Förderung auf mein Haus übertragen worden.

Ich darf Ihnen versichern, daß ich mich dieser Mitwirkung des Bundes beim notwendigen Schutz des national bedeutsamen Naturerbes besonders annehmen und mich bereits bei den anstehenden Verhandlungen zum Haushalt 1987 für eine deutliche Anhebung der Mittelausstattung dieses Titels auf zunächst 10 Millionen DM einsetzen werde.

Ich sehe darin einen ersten Schritt für eine weitere langfristige Entwicklung dieser Förderung des Bundes über das Jahr 1988 hinaus.

34. Abgeordneter
Ströbele
(DIE GRÜNEN)
- In welchen Bundesländern gibt es wie viele Gammasspektrometer in staatlichen Stellen, und wie viele Personen sind in der Bedienung ausgebildet?
35. Abgeordneter
Ströbele
(DIE GRÜNEN)
- Ist der Bundesregierung bekannt, an welchen Instituten, Universitäten etc. Gammasspektrometer vorhanden sind, und wie viele Personen (schätzungsweise) in der Bundesrepublik Deutschland in der Lage sind, korrekte Messungen auf Grund ihrer Ausbildung vornehmen zu können?

**Antwort des Bundesministers Dr. Wallmann
vom 26. Juni 1986**

Zur Frage der in der Bundesrepublik Deutschland vorhandenen Gammasspektrometer hat sich die Bundesregierung bereits in ihrer Antwort vom 4. Juni 1986 auf die Kleine Anfrage des Abgeordneten Dr. Müller (Bremen) und der Fraktion DIE GRÜNEN geäußert (Drucksache 10/5588).

Die Bundesregierung geht davon aus, daß die von den zuständigen Behörden mit der Überwachung der Umweltradioaktivität beauftragten Institutionen qualifizierte Messungen auf der Grundlage der „Meßanleitungen für die Überwachung der Radioaktivität in der Umwelt“ durchführen. Dies wird dadurch sichergestellt, daß die jeweiligen Institutionen gehalten sind, sich regelmäßig an Qualitätskontrollen (Ringversuchen) zu beteiligen.

Die Bundesregierung geht weiterhin davon aus, daß das für die Bedienung der vorhandenen Gammaskpektrometer qualifizierte Personal im allgemeinen in der für Routinemessungen erforderlichen Anzahl vorhanden ist. Bedingt durch die erhöhten Anforderungen an die Überwachung der Umweltradioaktivität nach dem Reaktorunfall von Tschernobyl sind jedoch bei den amtlichen Stellen des Bundes und der Länder – selbst bei Tätigkeiten rund um die Uhr – zeitweise personelle und apparative Engpässe aufgetreten. Abhilfemaßnahmen, insbesondere organisatorischer Art, müssen im einzelnen zwischen Bund und Ländern sorgfältig abgestimmt werden.

Geschäftsbereich des Bundesministers für das Post- und Fernmeldewesen

36. Abgeordneter
Hauser
(Esslingen)
(CDU/CSU)
- Wann werden die UKW-Frequenzen zur privaten Nutzung in den Orten Stuttgart, Göppingen, Leonberg, Ludwigsburg, Sindelfingen, Waiblingen, Reutlingen, Tübingen und Esslingen freigegeben?

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Rawe vom 19. Juni 1986

Die Zuweisung von Frequenzen für den UKW-Hörrundfunk ist abhängig von nationalen und internationalen Frequenz-Abstimmungsverfahren, vor allem mit den Nachbarländern. Besonders bei Frequenzen über 104 MHz ist derzeit eine uneingeschränkte Nutzung noch nicht möglich, da hier hauptsächlich der Flugfunkdienst bis 1996 und der Flugnavigationfunkdienst auch über 1996 hinaus geschützt werden müssen.

Danach stellt sich die voraussichtliche Frequenzuteilung für die angefragten Standorte wie folgt dar:

Standort	Frequenz (MHz)	Voraussichtlicher Zeitpunkt einer möglichen Frequenznutzung
Stuttgart	107,7	ab 1. Juli 1987 mit eingeschränkter Leistung
Göppingen	103,0	ab sofort
Leonberg	101,8	ab sofort
Ludwigsburg	104,2	steht noch nicht fest, Schutz des Flugfunkdienstes bis 1996 erforderlich
Sindelfingen		
Waiblingen	102,8	ab sofort
Reutlingen	104,4	ab 1. Juli 1987
Tübingen	104,8	ab 1. Juli 1987 mit eingeschränkter Leistung
Esslingen	100,9	ab sofort
	104,6	ab 1. Juli 1987

Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie

37. Abgeordneter
Senfft
(DIE GRÜNEN)
- Hat die Bundesregierung Kenntnis davon, in welchen Technologiebereichen derzeit Stirlingmotoren im Einsatz sind, und falls ja, welche konkreten Beispiele gibt es dafür?

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Dr. Probst vom 23. Juni 1986

Die Bundesregierung hat keine Kenntnis darüber, daß zur Zeit in irgendwelchen zivilen Technologiebereichen serienmäßig hergestellte Stirlingmotoren im Einsatz sind. Konzeptstudien, die zum Teil bis zum Bau von Prototypen führten, wurden für folgende Einsatzbereiche durchgeführt: Stromerzeugung, Automobilantrieb, Schiffsantrieb, Blockheizkraftwerke, Wasserpumpenantriebe, Wärmepumpenantriebe, Solarenergienutzung.

Einzelheiten sind dem Schlußbericht über das vom Bundesministerium für Forschung und Technologie geförderte FE-Vorhaben 03 E 8414 A „Stand der Stirlingmotorenentwicklung – Anwendungsmöglichkeiten und Erfolgsaussichten im Vergleich zu eingeführten Anlagen und Systemen“ zu entnehmen, der über das Fachinformationszentrum Energie, Physik, Mathematik, Karlsruhe, zu beziehen ist.

Im militärischen Bereich sind einige in Kleinserie hergestellte Aggregate zur Stromerzeugung im Erprobungseinsatz.

38. Abgeordneter
Senfft
(DIE GRÜNEN)
- Gibt es oder gab es mit Bundesfinanzmitteln ausgestattete Forschungsaufträge über die Verwendung von Stirlingmotoren z. B. zur Energieumwandlung; falls ja, mit welchen Ergebnissen?

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Dr. Probst vom 23. Juni 1986

Vom Bundesministerium für Forschung und Technologie wurde im Zeitraum 1974 bis 1976 die Entwicklung eines Rotationskolben-Stirlingmotors gefördert. Das Vorhaben wurde abgeschlossen, ohne daß die Probleme der Abdichtung im Bereich des Arbeitsmediums (Wasserstoff) und der Dauerstandfestigkeit gelöst werden konnten.

Seit Ende 1985 laufen im Bereich der Energieforschung zwei Projekte bei der Firma MBB und der Firma Bomin Solar gemeinsam mit der Firma Salzgitter Maschinenbau. Geplant ist die Entwicklung von Alternativen Antriebsaggregaten für Lichtmaschinen bzw. für Wasserpumpen. Ergebnisse liegen aus beiden Vorhaben auf Grund der kurzen Laufzeit noch nicht vor. Für den militärischen Bereich läuft bei der Firma MAN die Entwicklung eines 750 Kilowatt Stirlingmotors. Auftraggeber ist das Bundesamt für Wehrtechnik und Beschaffung (BWB) in Koblenz.

Geschäftsbereich des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit

39. Abgeordnete
Frau Schmedt
(Lengerich)
(SPD)
- Treffen Darstellungen der „Katholischen Arbeitsgemeinschaft Dritte Welt“ zu, nach denen die Kreditanstalt für Wiederaufbau an Exportkrediten für das Elektrizitätswerk von Itaparica (Brasilien) beteiligt ist, außerdem Hermes-Bürgschaften für den Xingo-Staudamm am Rio Sao

Francisco in Aussicht gestellt werden, obwohl der Bundesregierung bekannt ist, daß mit dem Bau von Staudämmen in Brasilien eine Vertreibung der dort ansässigen armen Bevölkerung einhergeht?

40. Abgeordnete
Frau Schmedt (Lengerich)
(SPD)
- Was gedenkt die Bundesregierung gegebenenfalls zu tun, damit sichergestellt wird, daß den betroffenen Landarbeiterfamilien der Bau neuer Siedlungen am Seeufer zugestanden wird?

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Dr. Köhler vom 26. Juni 1986

1. Die Darstellungen hinsichtlich Exportkrediten und Hermes-Bürgschaften für die Staudämme Itaparica und Xingo treffen zu.
2. Zu der Frage der sozialen Auswirkungen und der Bemühungen der Bundesregierung, einen Beitrag zur Lösung der Umsiedlungsproblematik zu leisten, wird auf die Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Dr. Köhler vom 3. April 1986 auf die Frage 152 vom 26. März 1986 des Abgeordneten Vosen verwiesen (Drucksache 10/5282).
3. Die Weltbank hat inzwischen mit der brasilianischen Regierung konkrete Vereinbarungen getroffen: die zuständige brasilianische staatliche Gesellschaft ELETROBRAS wird bis zum 15. Juli 1986 einen detaillierten Umsiedlungsplan für Itaparica vorlegen als Grundlage für ein von der Weltbank mitfinanziertes Sonderprogramm. Diese Vereinbarungen gehen wesentlich auf Anfragen und Anregungen der Bundesregierung zurück.

41. Abgeordneter
Schartz (Trier)
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung bekannt, wie sich der Personalbestand staatlicher, nichtstaatlicher und religiöser Entwicklungshilfeorganisationen in den letzten zwanzig Jahren entwickelt hat, und ist die Bundesregierung in der Lage, die Struktur des Entwicklungshilfepersonals nach Bildungsabschluß, Alter und Geschlecht darzustellen?

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Dr. Köhler vom 26. Juni 1986

Der Bundesregierung ist die Entwicklung des Auslandspersonalbestandes der von ihr beauftragten und geförderten Entwicklungshilfeorganisation der letzten zehn Jahre (seit Einführung der EDV) bekannt. Die vorliegenden Zahlen sowie Daten zur Struktur des Entwicklungshilfepersonals nach Alter, Geschlecht und Beruf (anstelle von Bildungsabschluß) werden nachgereicht werden. Diese detaillierte Auskunft wird sich, wie mit dem Büro des Herrn Abgeordneten abgestimmt, im Sinne der zweiten Frage auf den Anteil an Fachkräften mit agrarwissenschaftlicher Vorbildung an der Gesamtzahl der in der Entwicklungshilfe tätigen Fachkräfte beschränken.

42. Abgeordneter
Schartz (Trier)
(CDU/CSU)
- Welche Bedeutung kommt in diesem Zusammenhang dem Studiengang „Agrarwissenschaften“ allgemein und entsprechend den Aufbau- und Ergänzungsstudiengängen im besonderen zu, und welche Chancen sieht die Bundesregie-

rung für bundesdeutsche Agrarwissenschaftler im Bereich der Entwicklungshilfe (einschließlich der internationalen Organisationen) einen Arbeitsplatz zu finden?

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Dr. Köhler vom 26. Juni 1986

Die Förderung des Agrarsektors im Rahmen der Entwicklungspolitik hat von jeher eine erstrangige Bedeutung. Dementsprechend ist der Anteil von Fachkräften mit agrarwissenschaftlicher Vorbildung erheblich. Bei der größten Personalentsendeorganisation, der Deutschen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) GmbH, ist mehr als ein Drittel des gesamten Auslandspersonals dem Agrarsektor zuzuordnen. Für die Tätigkeit in diesem Sektor besteht ein anhaltender Bedarf an Universitätsabsolventen (Diplom-Agraringenieure). Bewerbungschancen – sowohl bei deutschen wie internationalen Entwicklungsorganisationen – werden insbesondere durch Zusatzstudien in tropischer/subtropischer Landwirtschaft oder internationaler Agrarwirtschaft günstig beeinflusst. Meist wird neben einer mehrjährigen Berufserfahrung auch eine gewisse Auslandserfahrung erwartet. Die Bundesregierung ermöglicht über mehrmonatige bis mehrjährige Sonderfortbildungsprogramme (Auslandsstudienaufenthalte, Projektassistentenprogramm, Beigeordnete Sachverständige im multilateralen Bereich) solche Berufs- und Auslandserfahrungen.

Sprachkenntnisse sind ebenfalls von erheblicher Bedeutung.

Die Chancen für Agrarwissenschaftler, auf dem Gebiet der Entwicklungszusammenarbeit einen Arbeitsplatz zu finden, werden durch folgende Faktoren eingeschränkt:

- Die Entwicklungsländer verfügen in zunehmendem Maße über eigene qualifizierte Fachkräfte, nicht zuletzt als Folge der im Rahmen der Entwicklungspolitik durchgeführten Programme zur Aus- und Fortbildung von Fach- und Führungskräften.
- Da erfahrene deutsche Tropen-Agrarfachkräfte verminderte Möglichkeiten haben, sich in der Bundesrepublik Deutschland beruflich zu reintegrieren, werden sie oft wiederholt in Projekten und Programmen der Entwicklungszusammenarbeit tätig. Dieser Tatbestand reduziert die Chancen der Berufsanfänger in diesem Bereich.
- Der Agrarsektor im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit hat keine wesentliche zusätzliche Nachfrage nach Fachkräften zu erwarten. Im wesentlichen besteht Ersatzbedarf. Dieser wird für die deutsche bilaterale sowie für die multilaterale Entwicklungszusammenarbeit (internationale Organisationen) auf 50 bis 70 Fachkräfte pro Jahr geschätzt. Eine genauere Bedarfsprognose ist nicht möglich.

Bonn, den 27. Juni 1986